

Neoliberales Weiter-so

Die Ergebnisse des G20-Gipfels bringen keine Lösungen für die globalen Probleme

Attac-Rundbrief 3/2017 (zusammen mit Alexis Passadakis)

Die Abschlusserklärung des Hamburger G20-Gipfels steht für ein Weiter-so des neoliberalen Globalisierungsmodells. Mehr Freihandel, private Infrastrukturinvestitionen, private Investitionen statt öffentlicher Entwicklungsfinanzierung, keine Entwaffnung des Finanzsektors. In der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden Beschlüsse zur Gesundheitspolitik, Ernährungssicherung und Wasserbewirtschaftung, die, wenn sie umgesetzt werden, die Zahl der Opfer einer seit Jahrzehnten völlig falschen Politik in diesen Themenfeldern in die Höhe treiben werden.

Insgesamt sind die Ergebnisse für eine derartig aufwendige Show dürftig bis blamabel. Das Strukturproblem solcher Gremien wurde in diesem Jahr besonders deutlich. Die G20 hat ihren Daseinsgrund darin, dass dort die gemeinsamen Bedingungen und Regelungen des globalen Kapitalismus ausgehandelt werden. Als einzelne Länder aber stehen die Mitglieder in Konkurrenz um das größte Stück vom Kuchen. Da die Weltwirtschaft nur noch mäßig wächst, verschärfen sich die Widersprüche.

So gesehen ist das Ein Weiter-so des neoliberalen Globalisierungsmodells aus der Binnensicht vielleicht sogar ein Erfolg, bedeutet es doch, dass es bei ökonomischen Kernfragen keinen offenen Bruch zwischen „klassischen“ Neoliberalen à la Merkel und der national-neoliberalen Fraktion à la Trump gab. Bei dem handelspolitischen Konflikt zwischen Freihandelsorientierung und protektionistischen Maßnahmen (insbesondere im Stahlsektor) hat man sich vorerst auf ein Stillhalteabkommen geeinigt. Konkret wurde die Frage der Stahlexporte bis zum Herbst an die OECD delegiert.

Viele dieser Konflikte können aber jederzeit wieder aufbrechen. Einer der zentralsten Punkte, die Exportüberschussstrategie der Bundesrepublik und Chinas Exportweltmeisterposition, wurde gar nicht erst angepackt. Dabei ist es dieser Bereich, der in Trumps handelspolitischen Aussagen immer im Mittelpunkt steht. Was er „unfair“ nennt, hat hier seinen Kern. Wenn er China angreift, dann meint er immer auch Deutschland. Dessen Exporte haben sich nicht zuletzt wegen des Abwürgens vieler Ökonomien der Eurozone durch das unsägliche Krisenmanagement der Europäischen Union zuletzt immer stärker in Länder außerhalb der EU verschoben. Viele Schwellenländer sind selbst mehr oder weniger in der Krise und die USA ollen die Rolle des Käufers der letzten Instanz nicht mehr spielen. Damit gerät das deutsche Exportmodell unter Druck, und zwar umso mehr, als es ja auch der gesamten EU oder zumindest der Eurozone übergestülpt werden soll.

Ein eigenständiges national-neoliberales politisches Projekt artikuliert sich zwar auf globaler Ebene durchaus, ist in der G20 aber gerade noch nicht aktuell. Noch beschränkt sich Trump darauf, zu drohen und eigene Möglichkeiten anzudeuten. Die Initiative für die stärkere Nutzung fossiler Energien muss in diese Richtung verstanden werden. Wird sie real angepackt, wird sie schwerwiegende ökologische Folgen haben, unabhängig davon, ob sie ökonomisch trägt. Das ist nicht anzunehmen.

Andererseits steckt das neoliberale Projekt in einer Hegemoniekrise, denn die Konflikte nehmen zu und es ist nicht mehr eindeutig an einen staatlichen Hegemon (die USA) geknüpft. Die USA haben keine „Führungsrolle“ mehr, nicht einmal immer innerhalb des „Westens“, viel weniger global. Russland agiert auch militärisch selbstständig, China macht ebenfalls tastende Schritte, ran ist nicht zu isolieren. In mehreren Kriegen stehen G20-Staaten einander auf verschiedenen Seiten feindlich gegenüber. Das neoliberale Globalisierungsprojekt zeigt deutliche Risse, die aber eher von rechts

als emanzipatorisch genutzt werden.

Auf der diplomatischen Ebene der Gipfelregie hat das Kanzleramt allerdings durchaus geschickt agiert beziehungsweise kann das Ergebnis als relativen Erfolg verbuchen. Es wurde nicht nur ein offener Konflikt um Freihandel vermieden, sondern mit der propagandistisch geschickten Platzierung von JEFTA im Vorfeld des Gipfels ein neuer Schritt in die falsche Richtung angekündigt. Und es gelang, die US-Regierung in der Klimafrage zu isolieren und das Paris-Abkommen zu bestätigen. Auch die Ankündigung Erdogans, das Abkommen nun doch nicht unmittelbar zu ratifizieren, dürfte kein Austritt aus dem Prozess bedeuten, sondern zielt wohl darauf ab, günstigere Bedingungen für die Türkei auszuhandeln; sie will diesbezüglich als „Entwicklungsland“ eingestuft werden, was ihr größere Wachstums- und Emissionsraten erlauben würde. Auch hier gehen die G20-Kompromisse direkt zulasten der Umwelt.

Eine Bearbeitung der multiplen Krise in eine effektive oder gar emanzipatorische ist daher nur durch eine neue Dynamik und den Druck sozialer Bewegungen zu erreichen.